

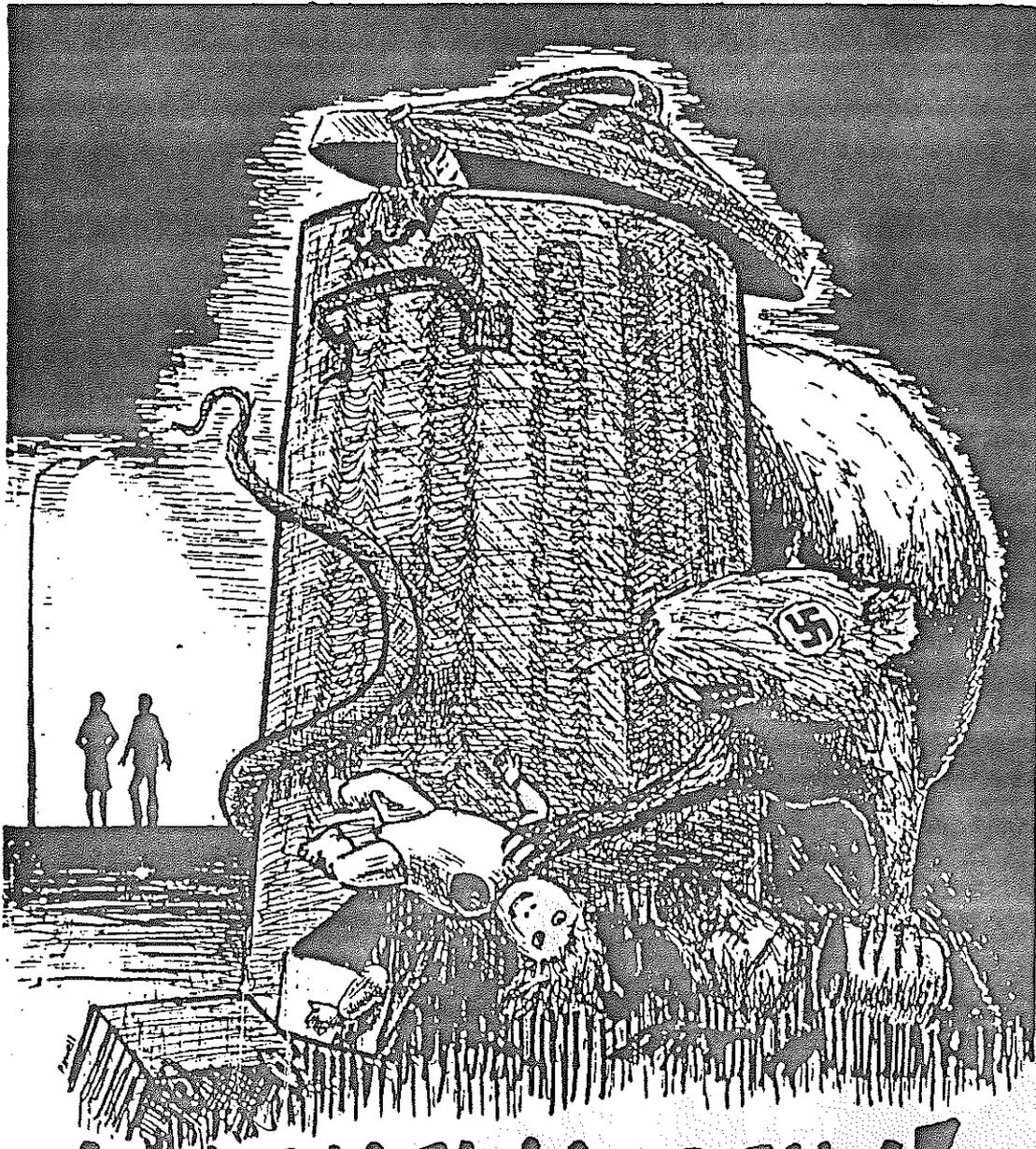
Marxistische Zeitung **VORAN** info

20
Pf

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Bremen vor der Wahl:

Gegen Neonazis und Arbeitslosigkeit –
Sozialistische Politik statt Sozialabbau!



WACHSAM SEIN!

Mit riesigem Aufwand überzieht die "Liste D" Bremen und Bremerhaven mit ihrer faschistischen Propaganda. Diese "Liste D" ist ein Zusammenschluß der Deutschen Volkunion (DVU) des Dr. Gerhard Frey und der NPD.

Die DVU ist die größte rechtsradikale Propagandamaschinerie in der BRD. Sie unterhält mehrere Zeitungen, die das Land wöchentlich mit ihrer Hetze beglücken.

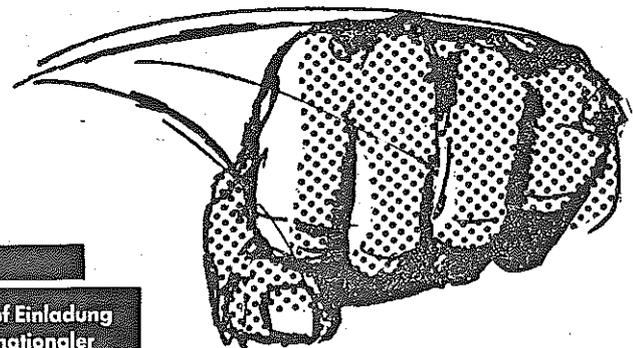
Von der DVU kommt der enorme Etat für die Bürgerschaftswahlen. Insgesamt haben die Nazis über 2 Millionen DM zur Verfügung - mehr als alle anderen Parteien zusammen. Die NPD stellt die Aktivisten und Kandidaten zur Verfügung.

Mit markigen Sprüchen gehen die "Liste D"-Neonazis auf die schweren sozialen Probleme im Land Bremen ein und bieten ihre "Lösungen" an, die letztendlich auf eines hinauslaufen: die Ausländer sind an allem schuld und sollen dafür büßen.

Faschismus und Krise

Insgesamt sind in Bremen über 40.000 Menschen offiziell arbeitslos gemeldet. Die stille Reserve an nicht gemeldeten Arbeitslosen erhöht diese Zahl noch weiter: allein in Bremerhaven sind das ca. 6000 Personen. In der Seestadt erhält auch nur noch jeder dritte Arbeitslose Arbeitslosengeld, der Rest wird mit Arbeitslosenhilfe oder mit Sozialhilfe abgepeist.

Besonders betroffen von dieser Neuen Armut sind Jugendliche und Frauen. Diese und auch Gruppen wie ältere Langzeitarbeitslose, Rentner und vor allen Dingen ausländische Arbeiter und ihre Familien werden mit großer Geschwindigkeit in den Verelendungsstrudel hineingezogen. Die wirtschaftlichen Aussichten, gerade für den Schiffbau, sind nicht gerade rosig. Auch die Jobs der



heutigen "Arbeitsplatzbesitzer" sind bedroht.

Vor dem Hintergrund dieser Folgen des kapitalistischen Krisensystems versuchen die Faschisten wieder Fuß zu fassen und benutzen die Bürgerschaftswahlen als Testfeld für ihre Hetze.

Sie spekulieren darauf, den berechtigten Haß vieler Jugendlicher auf das kapitalistische System, auf das System von Arbeitslosigkeit und Neuer Armut, für sich auszunutzen.

Die DVU will perspektivlose, frustrierte Jugendliche erreichen, die sich auf die so "klaren Lösungen" der Nazis einlassen. Ihre Forderungen scheinen auf den ersten Blick den Interessen des "kleinen Mannes" zu entsprechen, doch in Wirklichkeit laufen sie auf eine Schwächung und Spaltung der Arbeiterbewegung zugunsten des Kapitals hinaus.



Der Faschismus ist eine Methode der herrschenden Klasse, ihr Krisensystem zu retten, letztendlich mit nacktem Terror gegen Arbeiter, Linke und Ausländer, wie es die Mörderbande von der FAP ("Freiheitliche Arbeiter Partei") schon heute vormacht.



Die Krise des Systems ist dafür verantwortlich, daß die Nazis wieder zu einer Gefahr werden können. Das Übel des Faschismus muß an der Wurzel angepackt werden, zusammen mit den anderen Übeln des Kapitalismus.

Die beste Abwehr gegen die Gefahr von Rechts ist eine Arbeiterbewegung, die offensiv Kampagnen macht gegen die Nazis und für die Rechte der ausländischen Kollegen und die vor allem eine Alternative zur jetzigen Krisenwirtschaft hat und den Arbeitern und Jugendlichen eine sozialistische Perspektive bietet.

Die traditionelle Partei der Arbeiterklasse - die SPD - ist davon, vor allen Dingen im Land Bremen, noch weit entfernt.

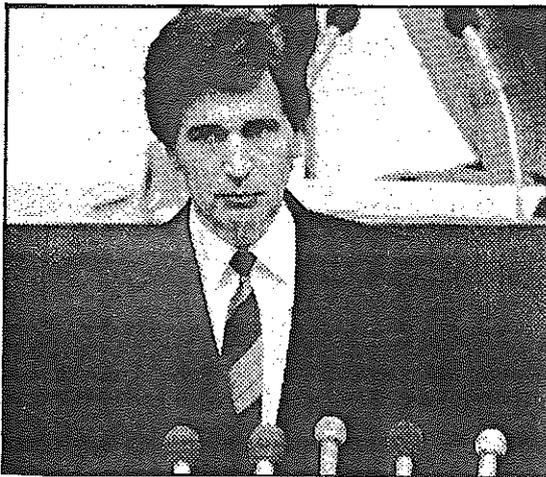
Zur Zeit setzt die Bremer SPD ihre trügerischen Hoffnungen in einen angeblich kommenden Wirtschaftsaufschwung für Bremen und Bremerhaven. Nach dem Motto "heute den Gürtel enger schnallen, dann geht's uns morgen besser" trägt sie die Finanzkrise des Landes mit der sogenannten "Haushaltskonsolidierungspolitik" auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung aus. Einer Lösung der enormen Probleme Bremens kommt sie damit jedoch nicht näher, sie macht lediglich die Dreckarbeit für die Kohl-Regierung!

Die Situation vieler Menschen wird durch diese Sparpolitik noch weiter verschlimmert - Kürzungen bei Dienstleistungen im sozialen Bereich, Einstellungsstop im öffentlichen Dienst, Schulschließungen usw. sind nicht gerade Reformen für Arbeiter und Jugendliche!

Die SPD muß ihre Politik grundlegend ändern. Sie muß gegen den Druck aus Bonn und von den Unternehmern kämpfen und mobilisieren.

Die SPD muß vor Ort den Kampf für eine Gesellschaft frei von Arbeitslosigkeit, Armut und Faschismus beginnen und für sozialistische Politik in Bremen und Bremerhaven aktiv werden.

Die Probleme können alleine in Bremen nicht gelöst werden, aber hier müssen wir beginnen.



Auf Kurs...bloß ist es der Richtige?

**Die Alternative der Marxisten:
Ein sozialistisches
Reformprogramm für Bremen**

Das Programm, für das wir Marxisten in den Arbeiterorganisationen eintreten, zielt darauf ab, die soziale Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern.

Die wichtigste Maßnahme ist die Aufhebung des Einstellungsstops im öffentlichen Dienst. Hunderte und Tausende von Arbeitsplätzen

können so geschaffen werden. Der Bedarf besteht: An vielen Schulen sind die Lehrerkollegien total überaltert, während Hunderte von jungen Lehrern arbeitslos sind.

In den Kindergärten sind die Kolleginnen und Kollegen hoffnungslos überlastet - häufig muß eine Erzieherin 20 Kinder betreuen, während man mit arbeitssuchenden Erzieherinnen die Straße nur so pflastern kann.

In vielen Krankenhäusern, vor allem im Zentralkrankenhaus Reinkeheide in Bremerhaven, herrscht eine unglaubliche Arbeitshetze; jeden Tag werden massiv Überstunden gemacht und viele Beschäftigte können wegen des Arbeitskräftemangels ihren Urlaub nicht nehmen. Unter diesem enormen körperlichen und seelischen Druck auf die Kolleg/inn/en leidet zwangsläufig auch die Behandlung der Patienten - im Interesse der gesamten arbeitenden Bevölkerung müssen sofort massiv Neueinstellungen erfolgen!

Gleichzeitig muß die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich verkürzt werden, um weitere Neueinstellungen zu ermöglichen, die Situation der dort Arbeitenden zu verbessern und den Gewerkschaften für den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung den Rücken zu stärken.

Mit der Ausnutzung der arbeiterfeindlichen "Beschäftigungsförderungsgesetze" der CDU/FDP-Regierung durch Senat und Magistrat muß Schluß gemacht werden. Befristete Arbeitsverträge und ABM-Stellen müssen in volle Planstellen mit vollem Lohn umgewandelt werden.

Um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen muß im öffentlichen Dienst ein Anfang gemacht werden: alle Azubis müssen unbefristet übernommen werden.

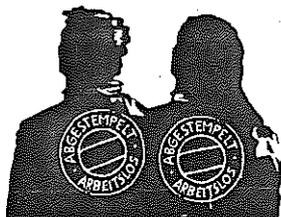
Einer Regierung, die entschlos-

sen ist, die Krise mit sozialistischer Politik zu bekämpfen, stehen noch mehr Mittel zur Verfügung:

In den Bereichen Umweltschutz, Bau, und Energieversorgung müssen Beschäftigungsprogramme gestartet werden, die qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.

Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten müssen erweitert werden und die Landesregierung muß alle Möglichkeiten ausschöpfen, die Unternehmen zu verstärkten Neueinstellungen und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zu zwingen. Zum Beispiel durch die Landesberufsbildungsabgabe: Unternehmer, die nicht genügend ausbilden, sollen zahlen!

Immer mehr ohne Lehrstelle



WER NICHT AUSBILDET
MUSS
ZAHLEN!

Gleichzeitig stehen wir für eine Ausweitung der Mitbestimmung hin zu einer demokratischen Kontrolle durch die Arbeiter und Angestellten. Das heißt, daß die Politik von Senat und Magistrat ständig mit Gewerkschaften und Arbeitervertretern besprochen werden muß, um die Durchsetzung des Reformprogramms im Interesse der Bremer Arbeiterklasse zu gewährleisten.

Um die Verelendung zu bekämpfen, muß der Sozialhilfesatz sofort um mindestens 30% angehoben werden. Weitere Erhöhungen mit dem Ziel, jedem Menschen eine würdige Mindestabsicherung zu geben (ca. 1500 DM) müssen folgen.

Dienstleistungen müssen erhalten bzw. ausgebaut werden - so hat Bremerhaven keine pro familia Beratungsstelle, die aber angesichts der sozialen Folgen der Krise dringend notwendig wäre. Der weitere Abbau von Dienstleistungen würde vor allen Dingen für viele Frauen und Jugendliche eine Katastrophe darstellen.

Diese Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Armut und damit auch gegen den Nährboden von Rassismus



und Faschismus müssen von einer politischen Kampagne gegen Nazi-Propaganda und für die Rechte der ausländischen Kollegen begleitet werden.

Eine SPD-Regierung müßte das kommunale und landesweite Wahlrecht für Ausländer einführen. Abschiebungen von Asylsuchenden müssen gestoppt werden - freie Rechtsberatung für die Flüchtlinge! Ausländische Kollegen müssen die Möglichkeit haben, während der Arbeitszeit kostenlos Deutschkurse zu besuchen, an den Schulen ist eine Verstärkung des muttersprachlichen Unterrichts nötig.

Gleichzeitig haben SPD und DGB die Aufgabe, ihre Mitglieder zu Aktionen gegen die Faschisten zu mobilisieren. Wenn wir faschistische Verteilaktionen mit der Stärke der Arbeiterbewegung konfrontieren und jegliche Öffentlichkeitsarbeit durch Massenmobilisierung verhindern, können wir es schaffen, den Nazi-Gruppen den Boden zu entziehen und das braune Pack aus Bremen und Bremerhaven hinauszutreiben.

Im Kampf für soziale Verbesserungen für die Arbeiterklasse kann die Einheit der ausländischen und deutschen Kollegen verstärkt und den DVU- und FAP-Faschisten die richtige Antwort auf ihre Provokationen während des Wahlkampfes gegeben werden.

Wer soll das bezahlen?

Der Durchsetzung dieses Reformprogramms steht die schwere Haushaltskrise im Weg. Die Gelder zur Finanzierung von Arbeitszeitverkürzung und Neueinstellungen sind in den Kassen des Landes Bremen nicht zu finden. Wer soll also das alles bezahlen?

Bremen bzw. die Bremer SPD ist nicht für die Krise verantwortlich. Die wahren Schuldigen sind das kapitalistische System und seine Regierung in Bonn. In der Krise sinken die Einnahmen der Kommunen während die Ausgaben steigen. Allein die Ausgaben für Sozialhilfe in Bremerhaven stiegen innerhalb weniger Jahre von 30 auf 100 Millionen DM, bedingt durch die Dauerarbeitslosigkeit von Tausenden.

Die Reichen und ihre Regierung sollen für diese Krise bezahlen!

Die SPD hat richtig erkannt: wir brauchen zusätzliche Gelder aus Bonn. Doch wir brauchen nicht nur Geld, um den jetzigen Zustand zu erhalten, sondern wir brauchen Geld für ein umfassendes Reformprogramm. Klagen vor bürgerlichen Gerichten um Gelder aus Bonn und moralische Appelle werden allerdings kaum ausreichen, um mehr als den berühmten Tropfen auf dem heißen Stein für Bremen zu bekommen.

Echte Reformen sind im Kapitalismus nur durch Kampf zu erreichen und abzusichern - die Bremer Arbeiterbewegung muß gegen Bonn mobilisiert werden. Die SPD muß das Reformprogramm mit Betriebsräten, Vertrauensleuten, Gewerkschaften und allen von der Sparpolitik Betroffenen diskutieren und einen Plan zur Durchsetzung aufstellen.



Für eine erfolgreiche Massenmobilisierung der Arbeiterklasse auf kommunaler Ebene gibt es schon ein Beispiel: in der von der Krise geschüttelten britischen Stadt Liverpool haben die Marxisten um die Zeitung MILITANT, die Schwesterzeitung von VORAN, mit einem sozialistischen Programm die Mehrheit in der Labour Party gewonnen. Mit diesem Programm ist die Labour Party zur Wahl angetreten und hat gesiegt.

Vor allem aber hat sie die Massenmobilisierung der Liverpooleser Arbeiter erreicht, die in mehreren städtischen Generalstreiks gipfelte, wodurch von der Thatcher-Regierung das für das Reformprogramm nötige Geld er-

*Wer sich nicht wehrt-
der lebt verkehrt!*



kämpft werden konnte. So konnten vorwärtsweisende Reformen wie ein Bauprogramm gegen die Wohnungsnot, 35 -Stunden-Woche im öffentlichen Dienst und Jobs für Jugendliche durchgesetzt werden.

Sozialistisches Programm

Solche Reformen können nicht dauerhaft sein, es gibt keinen "Sozialismus in einer Stadt". Die kapitalistische Krise betrifft die ganze BRD. Nur durch den Sturz des Profit- und Krisensystems in der ganzen Bundesrepublik können die erkämpften Reformen auf kommunaler Ebene abgesichert werden. Bleibt das Kapital an der Macht, wird es immer Mittel haben, die ihm unliebsamen Reformen zu untergraben und zurückzudrängen.

Die Unternehmermacht muß gebrochen, die 200 größten Konzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle in Gemeineigentum überführt werden. Sie kontrollieren 80-90% der Wirtschaft. Dies ist nur durch die revolutionäre Massenmobilisierung der Arbeiterklasse zu erreichen.

Auf der Grundlage einer Räteredemokratie und Planwirtschaft könnten dann die Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, Umweltzerstörung, Kriegsgefahr und Faschismus schnell beseitigt werden. Daher kämpfen wir Marxisten nicht nur in Bremen und Bremerhaven, sondern bundesweit für dieses Programm der sozialistischen Umwälzung in der SPD und in den Gewerkschaften.

SPD wählen, SPD verändern

Solch ein Programm ist heute noch das Programm einer kleinen Minderheit in den Gewerkschaften, der SPD und selbst bei den Jungsozialisten.

Die Parteiführung setzt auf den scheinbar einfacheren Weg, das System nicht anzutasten und sich



der bürgerlichen Politik, den "Sachzwängen", anzupassen.

Doch den GRÜNEN fehlen genauso die sozialistischen Perspektiven und die Entschlossenheit gegen den Kapitalismus zu kämpfen wie der SPD-Führung. Und ihnen fehlt die Basis, um den Kampf zu organisieren, die Verankerung in der Arbeiterbewegung. In der Regierungsverantwortung würden sie sich deshalb den Sachzwängen der Krise beugen. Guter Wille allein reicht eben nicht.

Die bürgerlichen Parteien (CDU, FDP, Republikaner) stehen für nichts anderes als den weiteren Verfall Bremens und härtere Angriffe auf die Arbeiter und die Jugend. Sie müssen gestoppt werden!

Daher fordern wir Marxisten:

am 13. September



SPD

Liste 1

wählen!



Doch wählen allein reicht nicht. Die SPD wird sich nicht von alleine verändern, sondern nur auf Druck der Arbeiter, der Jugendlichen und aller, auf deren Rücken das System seine Krise austrägt.

Tretet ein in SPD und Gewerkschaften und kämpft mit uns Marxisten für sozialistische Politik statt Sozialabbau. Helft mit, die Nazis aus Bremen zu vertreiben.



- Stopp der Sparpolitik!
- Aufhebung des Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst, massive Neueinstellungen in allen Bereichen und Übernahme aller Azubis
- Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich im öffentlichen Dienst
- Volle Planstellen statt ABM-Plätze
- Beschäftigungsprogramme in den Bereichen Bau, Energie und Umweltschutz
- "Wer nicht ausbildet, soll zahlen!" - Einführung einer Landesberufsbildungsabgabe
- Kommunales und landesweites Ausländerwahlrecht
- Keine Ausweisung von Asylsuchenden, stattdessen menschenwürdige Wohnungen und volle Arbeitsplätze
- Mobilisierung von SPD und DGB gegen Faschisten und für deutsch/ausländische Arbeitereinheit!

Bremerhaven, 17.8.1987

Kontakt über: Claus Ludwig, Auf der Eeke 4, 2850 Bremerhaven, Tel. 0471/803810

Unterstützt

VORAN

Ich abonniere 6 Ausgaben 9,60 DM
 verkaufe Exemplare
 spende DM

Ich möchte VORAN unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name:

.....

Anschrift:

.....

.....

An:

VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1
 PschA Essen, Konto 2500 59-430
 BLZ 36010043

